Wahlprüfsteine der pax christi Gruppe Gilching

Abrüstung

- Unterstützen Sie die Forderung nach Erhöhung des Wehretats auf 2% bis 2024 oder setzen sie sich für eine Stärkung des Zivilen Friedensdienstes ein und dass die Zivile Konfliktbearbeitung den ausdrücklichen und tatsächlichen Vorrang vor militärischen Eingriffen bekommt?
- Werden Sie sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland einsetzen, dass Deutschland an den UN-Verhandlungen zum Verbot aller Atomwaffen teilnimmt und einem solchen Verbot zustimmt?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Entwicklung und Anschaffung bewaffneter Drohnen sofort gestoppt und sogenannte autonome Waffen (wie schon zuvor Landminen und Streumunition) geächtet werden?

Antwort Ch. Winklmeier, SPD:

- Teilfrage 1: Ich spreche mich gegen die pauschale Erhöhung des Wehretats auf 2% bis 2024 aus. Sinnvolle und notwendige Rüstungsausgaben sollten mit den europäischen Nachbarn gemeinsam getätigt werden, sodass die Gesamtkosten sinken. Stattdessen sollen die zivilen Projekte gestärkt werden.
- Teilfrage 2: Eine komplette Beseitigung der Atomwaffen in Deutschland ist dann sinnvoll wenn alle atomaren Staaten sich darin einig werden, wie alle Atomwaffen Schritt für Schritt vernichtet werden können.
- Teilfrage 3: Ja

1. Nein.

Wir lehnen eine Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung klar ab. Stattdessen wollen wir, dass Deutschland endlich sein Versprechen für mehr globale Gerechtigkeit einlöst. Darum werden wir bis 2021 das Ziel erreichen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, indem wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz jährlich um 2 Mrd. Euro erhöhen und auch danach die Klimagelder weiter anwachsen lassen. Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland werden wir nicht anrechnen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus. Dies ist auch ein Beitrag zur zivilen Krisenprävention und langfristig zur Fluchtursachenbekämpfung. Der Kampf für eine nachhaltige Entwicklung und einen wirksamen Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen.

Wir setzen uns dafür ein, die zivile Krisenprävention finanziell und strukturell zu stärken.

Dazu fordern wir ein strategisches und kohärentes Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen, das von einem Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte überprüft wird. Wir wollen die Verbesserung von Frühwarnungs-, politischen Analyse- und Mediationskapazitäten. Die Arbeitsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen wollen wir stärken und das Kapital der Deutschen Stiftung Friedensforschung erhöhen. Notwendig ist auch der planmäßige Ausbau schnell verfügbarer Polizei-, Rechtsstaats- und Verwaltungsexpert*innen. Der Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten und zur gleichberechtigten Einbindung von Frauen in die Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung, muss finanziell unterfüttert und wirkungsorientiert ausgerichtet werden. Wir wollen, dass Deutschland Mitglied im Europäischen Friedensinstitut wird und bei den Vereinten Nationen und in der EU einen Freundeskreis für Krisenprävention initiiert. Friedensmissionen der Vereinten Nationen, der EU und der OSZE leisten weltweit einen wichtigen Beitrag zur Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung. Wir wollen die deutschen zivilen und militärischen Beiträge in diesen Missionen erhöhen.

2. Ja.

Wir stehen für eine Welt ohne Atomwaffen ein und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir werden weiter für die vollkommene atomare Abrüstung kämpfen. Wir GRÜNEN fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen "nuklearen Teilhabe". Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU.

3. Ja.

Wir setzen uns für eine internationale Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter ein und sind gegen die Beschaffung oder Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr. Wir fordern einen internationalen Verhaltenskodex zur Cybersicherheit, der u.a. eine Selbstverpflichtung enthält, zivile (Netz)-Infrastruktur nicht zum Ziel oder Instrument militärischer Angriffe zu machen. Wir wollen nicht, dass die USA ihre Basen in Deutschland für völkerrechtswidrige Angriffe nutzen. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat die LINKE im Bundestag sich seit Jahren für eine Reduzierung des Rüstungshaushalts eingesetzt, gegen die ständigen neuen Beschaffungsprojekte und natürlich gegen die Waffenlieferungen in die Spannungsgebiete. Demzufolge wendet die Partei und ich mich vehement gegen eine Aufstockung des Wehretats.

In Gesprächen und Diskussionsrunden habe ich mich auch immer dafür eingesetzt, daß Krisen und Kriege durch zivilen Friedensdienst und vor allem durch Vermittlung und Einsatz der UNO behoben werden müssen. Kein Militärbündnis darf sich das Recht herausnehmen, in der Welt zu intervenieren.

Auch dem Verbot von Atomwaffen stimme ich zu - alle Basen in Deutschland und Europa, die für Atomwaffen ausgerüstet sind, müssen aufgelöst werden. Auch der Gesamtächtung von Atomwaffen auf der ganzen Welt stimme ich zu. Ebenso, daß Kampfdrohnen verhindert werden und mit Aktionen und Bündnissen gegen die Planung bei unserer Bundeswehr vorgegangen wird.

Das trifft auch für Landminen und Streumunition zu.

Friedensbildung

- Unterstützen Sie die Initiative von Friedensfachkräften Erfolge und Herausforderungen ihrer Arbeit in Kirchgemeinden, Schulen, Gruppen darzustellen?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bundeswehrangehörige nicht mehr in Schulen auftreten dürfen? und die Bundeswehr keinen Einfluss mehr auf die Referendar*innenausbildung nimmt?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr schärfere Richtlinien einhält, was das Verbot gezielter Werbung und die Rekrutierung von Minderjährige angeht, wie es die UN Kinderrechtskonvention festlegt?

Antwort Ch. Winklmeier, SPD:

- Teilfrage 1: Ja
- Teilfrage 2: Nein. Freie Gesellschaften und Staaten müssen verteidigungsfähig sein. Um ausreichend gut qualifizierte Verteidigungskräfte zu haben, ist es sinnvoll, den Schülerinnen und Schülern den Beruf der Soldatinnen und Soldaten darzustellen und dafür zu sorgen, dass Lehrerinnen und Lehrer sowohl die Aktivitäten zur Friedensschaffung durch Projekte im In- und Ausland aber auch die Aktivitäten der Bundeswehr, die ebenfalls zur Wahrung des Friedens agieren soll, kompetent vermitteln können.
- Teilfrage 3: Werbung und Rekrutierung von Minderjährigen gehört verboten. Der sachliche Austausch im Schulunterricht mit Begleitung von Lehrerinnen und Lehrern sollte von einem solchen Verbot allerdings ausgenommen werden.

Antwort K. Täubner Benicke, Bündnis90, Die Grünen:

1. Ja.

Die Arbeit von Friedensdiensten und Friedensinitiativen ist viel zu wenig bekannt.

2. Ja.

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen (Drucksache 18/1259) „Die 94 hauptamtlichen Jugendoffiziere der Bundeswehr erläutern seit dem Jahr 1958 (im Schwerpunkt) der jungen Generation in der Schule Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr, die Einbindung Deutschlands in die NATO und die Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa. Sie nehmen Stellung zu den immer komplexer werdenden militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der offiziellen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die Jugendoffiziere werden von den Schulen auf Grundlage der Rahmenlehrpläne der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer zu Informationsvorträgen in den Unterricht eingeladen. Damit liegt die Durchführung des Unterrichts ausschließlich in der Verantwortung der Lehrkräfte. Jugendoffiziere betreiben keine Nachwuchswerbung. ... Dabei muss der Unterricht durch den verantwortlichen Lehrer methodisch-didaktisch kontrovers angelegt sein, damit sich Schülerinnen und Schüler ein eigenes, argumentativ herleitbares Urteil bilden können. Die Jugendoffiziere stehen für Diskussionen mit Vertretern von Friedensinitiativen – wenn die Schulen dies wünschen – auch im Unterricht zur Verfügung.“

Meine persönliche Meinung ist, dass es zwar Aufgabe der Schulen ist, Heranwachsende politisch umfassend zu bilden, allerdings missfällt mir sehr, dass nicht im gleichen Maße VertreterInnen von Friedensinitiativen und Zivilen Friedensdiensten eingebunden werden. Insofern ergibt sich für mich hier eine Schiefelage. Ich möchte, dass jungen Menschen Friedenspotentiale und an Friedenslogik herangeführt werden. Eine Pflicht zur Teilnahme an Veranstaltung mit Jugendoffizieren sollte es nicht geben.

3. Ja.

Die Anwerbung von minderjährigen Rekrut*innen lehnen wir ab. Werbeformate wie „Die Rekruten“ oder Plakatkampagnen halte ich für nicht geeignet die besonderen Herausforderungen und Erfordernissen, die einem Mitglied einer Berufsarmee, die sich auch in Auslandseinsätzen befindet, darzustellen.

Antwort Bernhard Feilzer, die Linke:

Diese soll bereits in Grundschulen ein Thema sein und danach in allen Teilen der Gesellschaft ein Lehrinhalt, der vom Staat gefördert werden muß.

Die Bundeswehrpropaganda hat an allen Schulen nichts zu suchen und wir unterstützen alle Vorhaben, dies zu unterbinden.

Auch gegen Veranstaltungen, wie „Girls Day“ etc. und sonstige Werbe-"Events", auf denen verharmlosender Einfluß auf junge Menschen genommen werden soll von Seiten der Bundeswehrführung werden wir Proteste unterstützen.

Rüstungsexport

- Setzen Sie sich dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?
- Setzen Sie sich – angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?

Antwort Ch. Winklmeier, SPD:

- Teilfrage 1: Nein. Ich stehe dafür ein, dass die europäischen Staaten ein gemeinsames Militärbündnis gründen (mit deutlich mehr Kompetenzen als zum Beispiel die NATO), damit die Belastung für die einzelnen Teilnehmerstaaten sich verringert. Einen Rüstungsexport an EU-Staaten würde ich deshalb weiterhin erlauben.
- Teilfrage 2: Siehe Teilfrage 1.

Antwort K. Täubner Benicke, Bündnis90, Die Grünen:

1. Ja.

Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer problematischen Menschenrechtslage mit einem restriktiven und verbindlichen **Rüstungsexportgesetz** stoppen und die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In vorher klar definierten, besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene kämpfen wir darum, eine EU-weite gemeinsame Rüstungsexportkontrolle deutlich restriktiver zu gestalten.

2. Ja.

Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien nähren die Kriege im Nahen Osten, aber auch die Militärdiktatur in Ägypten und den sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Besonders viele Opfer fordert der Einsatz von Kleinwaffen. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen übertrumpft in der Abwägungsentscheidung der Bundesregierung das Interesse an Krisenprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit einem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an strenge Kriterien geknüpft und massiv begrenzt wird.

Antwort Bernhard Feilzer, die Linke:

Schon lange war es uns LINKEN eine Herzensangelegenheit, daß der Export von Kriegswaffen aus deutscher Produktion (oder lizenzierten Ablegern im Ausland) generell verboten werden müssen. Es ist immer wieder nachgewiesen, daß diese dazu beitragen, Krisen zu erzeugen und Kriege oder sog.. Bürgerkriege mit anfachen helfen. Oft wurde unsere Bundestagsfraktion bei diesem Thema aber von den anderen Parteien alleine gelassen. Unsere Partei und ich werden alle Initiativen unterstützen, die beantragen, das Verbot ins Grundgesetz zu schreiben.

Auch Kleinwaffen dürfen nicht in Ländern exportiert werden, wo nachweislich Spannungen herrschen, mafiöse Strukturen oder sie von Polizei, Militär oder Paras dazu benutzt werden, die eigene Bevölkerung zu terrorisieren.

Asyl, Fremdenfeindlichkeit

- Welches Zeichen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wollen Sie setzen?
- Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um einerseits Fluchtursachen zu beseitigen und andererseits den Menschen, die aus Not zu uns kommen, eine bessere Integration zu ermöglichen?

Antwort Ch. Winklmeier, SPD:

- Teilfrage 1: Das Zeichen der Offenheit und des gegenseitigen Respekts sowie das Zeichen, dass alle Menschen gleich sind. Gerade der unterschwellige Alltagsrassismus (gegen Muslime, Schwarzafrikaner, etc.) gehört dabei massiv unterbunden und muss immer wieder widersprochen werden.
- Teilfrage 2: Zur Beseitigung der Fluchtursachen muss jeglicher Beteiligung an nicht von der UN mandatierten Kriegseinsätzen ein Riegel vorgeschoben werden. Außerdem gehört jede militärische Unterstützung durch Rüstungsgüter oder Gelder in Kriegsregionen mit Ausnahme von Notensensrationen verboten. Für den Erhalt des Klimaabkommens ist zu kämpfen. Handelsabkommen müssen überarbeitet und auf Augenhöhe ausgehandelt werden. Die Wirtschaft in ärmlichen Regionen gehört durch eine kontinuierliche Aufbauhilfe, nicht durch Kleinbauern zerstörende Lebensmittelexporte unterstützt. Eine Integration kann nur erfolgen, wenn denjenigen Menschen, die schutzbedürftig sind, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gegeben wird. Nur dann kann man sichergehen, dass die Integration in Sprache, Schule, Beruf und Gesellschaft nachhaltig Erfolg liefert.

1. Rechtsextreme Fanatiker*innen, Reichsbürger*innen, Nazis und sogenannte Identitäre formieren sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die Zahl rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir stellen uns dem Rechtsruck und der zunehmenden Gewalt entschieden entgegen. Polizei und Justiz müssen rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen und ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. So müssen Opfer von rechter Gewalt aussagen können und besser unterstützt werden – in solch begründeten Fällen dürfen Menschen nicht einfach abgeschoben werden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Sexismus sowie die Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung gilt es überall dort zu wirksam zu begegnen, wo sie vorkommt – in rechtsextremen Strukturen und rechtspopulistischen Bewegungen wie im Alltag, bei Migrant*innen und Flüchtlingen wie in der alteingesessenen Bevölkerung. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen - unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität, Weltanschauung, Religion oder ihres sozialen Status - frei und sicher bewegen und entfalten können. Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren, sichern wir ihnen unsere volle Unterstützung und Solidarität zu: sei es in Vereinen, Initiativen und Religionsgemeinschaften durch Bildungs- und Beratungsarbeit oder durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen. Das wollen wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.

Zum zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechts gehören für uns auch Demonstrationen. Symbolische Strafverschärfungen auf Kosten der Demonstrationsfreiheit lehnen wir ab. Sie machen keine Versammlung friedlicher. Eine deeskalierende Einsatzstrategie sowie gut ausgebildete und ausgeruhte Einsatzkräfte sind hier für alle Seiten viel sinnvoller.

Wir wollen **Prävention und Partizipation** ausbauen. Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten, gleich wie sie politisch oder fundamentalistisch motiviert sind. Das gelingt durch eine Kultur des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb müssen wir deutlicher und früher als bisher den Blick auf die elementare Bedeutung und positiven Effekte von parlamentarischer Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung lenken. Dazu fordern wir eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, Menschenrechtsbildung sowie der Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen und eine Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten, denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung. Gerade an sozialen Brennpunkten müssen wir auch mit städtebaulichen und wirtschaftlichen Maßnahmen für Perspektiven sorgen, um Gewalt und No go Areas schon im Ansatz entgegen zu wirken. Wir wollen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gegen gewaltbereiten Islamismus und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Hier gilt es die Präventionsarbeit in und mit den Moscheegemeinden zu unterstützen. Dabei ist eine breite Vernetzung wie etwa mit Polizei, Schule und Jugendhilfe vor Ort besonders wichtig.

Wir sagen rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf an. Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und politische Unterstützung und Anerkennung. Damit solche Strukturen unabhängig von politischen Mehrheiten und ohne bürokratischen Mehraufwand arbeiten können, wollen wir GRÜNE sie dauerhaft mit einem **Demokratiefördergesetz** stärken, das ihnen verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen garantiert. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab. Außerdem müssen auch staatliche Bildungs- und Beratungsangebote gegen rechte Gewalt ausgebaut werden.

Ich persönlich bin Gründungsmitglied beim Starnberger Dialog, der sich am 3. Oktober 2016 gegründet hat.

2. Wir setzen uns seit unserer Gründung für globale Gerechtigkeit ein. Selbstverständlich wollen wir auch die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessern und Fluchtursachen bekämpfen. Kriege, Armut und Terror treiben immer mehr Menschen in die Flucht – derzeit über 65 Millionen weltweit. Außerdem verlieren viele Menschen ihre Existenzgrundlage durch Umweltkatastrophen und die Klimakrise. Und nicht zuletzt sorgen auch Landaufkäufe von Staaten und Großkonzernen in Entwicklungs- und Schwellenländern dafür, dass die Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Das wird aber nicht gehen, ohne dass die westlichen Industrieländer wirtschaftliches Handeln mit der Erreichung von Entwicklungszielen, der Achtung der Menschenrechte und der Einhaltung der internationalen Sozial-, Arbeits-, Umweltschutzabkommen und in Einklang bringen.

Zum Thema Integration:

Erstens. Wir wollen Leben retten, sichere und legale Fluchtwege schaffen: Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Not geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen treten wir auf europäischer Ebene für ein Seenotrettungsprogramm ein und werden unterdessen die zivilen, gemeinnützigen Rettungsorganisationen stärken. Zudem wollen wir großzügige Aufnahmeprogramme schaffen, die Schutzbedürftigen nicht nur aus den Anrainerstaaten Syriens die legale Einreise ermöglichen, sondern auch andere Geflüchtete, die sich in lang andauernden prekären Lagen befinden. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Das individuelle Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden. Wir wenden uns gegen seine Aushöhlung. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Unser Ziel ist ein bundesweiter Abschiebungsstopp nach Afghanistan.

Zweitens. Wir wollen Familien zusammenführen: Sorge und Angst um die Liebsten sowie jahrelange Trennung von Familienangehörigen sind oftmals das größte Hindernis, in einer neuen Heimat anzukommen. Wir wollen deshalb die grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte wieder rückgängig machen. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften einsetzen, um die Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

Drittens: Wir wollen die Integration von Geflüchteten anpacken, Kommunen besser ausstatten: viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür ist der schnellstmögliche Zugang zu Integrations- und Sprachkursen ohne Einschränkung durch den Aufenthaltsstatus, die Anerkennung von Abschlüssen und mitgebrachten Kenntnissen sowie eine gute Beratungsstruktur zu Arbeitsmarktzugang und Wohnungssuche. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie diese Herausforderungen gut bewältigen können. Nur wenn Integration von allen Ebenen gleichermaßen getragen wird, kann sie gelingen. Eine menschenwürdige Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland beinhaltet für uns:

- Beschleunigte Anerkennungsverfahren und deutlich mehr Personal für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterbringung und der Integration
- Die Bereitstellung menschenwürdiger Flüchtlingsunterkünfte
- Die Öffnung von Sprach- und Integrationskursen für Asylsuchende
- Die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes
- Eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung und eine angemessene medizinische und psychosoziale Versorgung von (traumatisierten) Flüchtlingen
- Die Schaffung von Zugängen zum Arbeitsmarkt
- Die Möglichkeit der sicheren und legalen Einreise nach Europa, etwa durch humanitäre Visa

Antwort Bernhard Feilzer, die Linke:

Die Mitglieder der LiNKEN und ich haben sich seit Jahren schon gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausländerhass eingesetzt. Sie waren meist bei allen Demonstrationen, Kundgebungen und Kongressen vertreten. Auch Anfragen und Anträge im Bundestag sind vielfach gestellt worden.

Schon vor der großen Welle von Flüchtlingen im Jahr 2015 habe ich mich an meinen Heimatort zu den Asylhelfern gesellt (2013). In allen Streitgesprächen – sowohl im öffentlichen Raum, als auch bei Nachbarn und Freunden, habe ich das Wort ergriffen, wenn unterschwellig gegen Fremde gehetzt wurde.

Im Fall meiner Wahl werde ich mich stark für die Wiederherstellung eines echten Asyl und Einwanderungsrechts einsetzen. Nur das ermöglicht es Asylsuchenden und Einwanderern (gleich aus welchen Grund) sich auf Rechtspositionen zu stützen – auch gegen Politiker und Parteien, die die Fremdenfeindlichkeit schüren.

EU

- Sehen Sie Europäische Werte wie Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Gewaltenteilung in einigen EU Ländern gefährdet und wenn ja, welche Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung schlagen sie vor.
- Ist für Sie die Einführung eines Europäischen Passes ein Vehikel zur Europäischen Integration oder eher ein Hindernis.

Antwort Ch. Winklmeier, SPD:

- Teilfrage 1: Ja, diese Werte sind bedroht, aktuell vor allem in Ungarn und Polen. Diesen Staaten gehört jegliche Unterstützung aus EU-Fördertöpfen gestrichen. Des Weiteren müssen die Verbindungen zu den nichtstaatlichen demokratieverteidigenden Institutionen und Vereinen ausgebaut werden. Sollten sich diese Staaten langfristig von den Werten der EU distanzieren, dann muss schlussendlich der Austritt aus der EU von diesen Ländern vollzogen werden.
- Teilfrage 2: Ein Europäischer Pass könnte meiner Meinung nach die Integration verbessern, sofern nur diese Staaten daran teilnehmen, die die Werte der EU hochhalten, siehe Teilfrage 1.

Antwort K. Täubner Benicke, Bündnis90, Die Grünen:

1. Ja.

In Ungarn und Polen sehen wir bedenkliche Entwicklungen. Denn als klar proeuropäisch ausgerichtete Partei wollen wir Europa zusammenhalten. Wir begrüßen Initiativen, die in diesen Zeiten Europa konstruktiv und visionär weiterdenken und für die EU auf die Straße gehen. Ein Europa der lebendigen solidarischen Zivilgesellschaft, die der Europäischen Idee neuen Schwung verleiht, ist ein wichtiges Korrektiv zum Europa der Staaten und zum aufkeimenden nationalen Egoismus. Daher unterstützen wir die vielfältigen proeuropäischen Bürger*innenbewegungen in ganz Europa. Auch wir sind empört, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die Demokratie und der Rechtsstaat ausgehöhlt werden. Dagegen stellen wir uns. Wir wollen deswegen, dass die EU-Grundrechtecharta EU-weit für alle Gesetze gilt.

2. Ein Europäischer Pass könnte ein Vehikel zur Europäischen Integration sein. Wir wollen ein Europa der Bürger*innen schaffen. Wir wollen Europa gemeinsam mit seinen Bürger*innen weiterentwickeln, transparenter, demokratischer und erfahrebarer machen. Wir wollen das direkt gewählte Europäische Parlament als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken u.a. durch die Möglichkeit eigene Gesetzesvorschläge einzubringen.

Antwort Bernhard Feilzer, die Linke:

Trotz aller ständigen Beteuerungen von Seiten Herrn Junckers und Co. über die europäischen Werte und Liberalität wächst in einer Reihe von Mitgliedsländern der Trend zu Rechtslastigkeit, Abschottung gegen Fremde und auch Drangsalierung von Flüchtlingen. Presse- und Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit müssen inzwischen von NGOs, LINKEN und anderen Oppositionellen eingefordert und oftmals mühevoll wieder erkämpft werden. Auch in unserem Land häufen sich die Vorfälle, wogegen das Recht und die Pressefreiheit verstoßen wird.

Hier stelle ich mich mit meiner Partei an die Seite aller aufrechten Menschen, die dieses hohe Gut verteidigen werden.

Gerechtigkeit

- Setzen Sie sich dafür ein, dass alle Steuerschlupflöcher für Personen und Firmen weltweit geschlossen werden und alle global operierenden Unternehmen dort ihre Steuern zahlen müssen, wo sie ihre Erträge erwirtschaften?
- Was werden Sie unternehmen, um zu verhindern, dass korrupte Eliten weiterhin ihr Vermögen in Deutschland anlegen?
- Unterstützen Sie die Einführung einer Transaktionssteuer notfalls auch ohne die Unterstützung aller EU Länder?
- Setzen Sie sich dafür ein, dass Managergehälter in Deutschland gedeckelt werden?

Antwort Ch. Winklmeier, SPD:

- Teilfrage 1: Ja
- Teilfrage 2: In Deutschland agierende Banken müssen gesetzlich angehalten sein, ab einer gewissen Vermögenshöhe Auskunft darüber zu erhalten, woher dieses Geld stammt und bei unklarer oder kritischer Herkunft verpflichtet sein, die Behörden zu informieren.
- Teilfrage 3: Ja
- Teilfrage 4: Ja

1. Ja.

Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das wollen wir ändern. Die ungleiche Besteuerung von Kapitalerträgen zu allen übrigen Einkünften wollen wir beseitigen, indem diese Erträge wieder dem normalen, persönlichen Einkommenssteuersatz unterliegen.

Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit aggressiven Steuertricks, dem Bankgeheimnis und den Steuerdumpingländern gibt es gerade für Superreiche zu viele Möglichkeiten, sich der Steuerverantwortung zu entziehen. Dieser Praxis sagen wir den Kampf an. Es darf keine anonymen Briefkastenfirmen mehr geben. Geschäfte in Steuersümpfen, die Steuerbetrug systematisch unterstützen, werden wir sanktionieren. Steuerliche Vorteile durch Wohnsitzverlagerungen ins Ausland wollen wir beenden.

Auch Steuervermeidung wollen wir angehen. Alle international tätigen Unternehmen sollen ab einer gewissen Größe ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten offenlegen, damit sichtbar wird, wenn Konzerne wie Starbucks, Apple oder Google ihre Gewinne so verschieben, dass sie in den Ländern, in denen sie gute Geschäfte machen, keine Steuern zahlen. Tricksereien mit Lizenzgebühren und Zinsen wollen wir unterbinden. Banken tragen in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung und dürfen weder direkt noch indirekt durch entsprechende Beratung an der Steuerumgehung beteiligt sein.

Wir wollen Steuersümpfe trockenlegen. Wir brauchen weltweite Regeln gegen Steuervermeidung. Panama Papers, Offshore- oder Luxemburg-Leaks – wir nehmen nicht hin, dass Konzerne und Superreiche mit Hilfe von Bankgeheimnis, Steuerdumpingländern und anderen Steuerlücken ihren Beitrag zum Gemeinwohl unterschlagen. Darum kämpfen wir für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt. Auch zu Hause werden wir aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit unkooperativen Ländern, internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage.

2. Es gibt Regelungen über das Geldwäschegesetz und die Identifizierungspflichten. Darüber hinaus scheint es mir bei einer ersten Beschäftigung mit dem Thema schwer durchführbar, Maßnahmen zu ergreifen, ohne eine Diskriminierung über die Nationalität von Käufern vorzunehmen. Das ist meines Erachtens nicht grundgesetzkompatibel. Wer soll die Entscheidung vornehmen, dass es sich um ein Mitglied einer „korrupten Elite“ handelt. Der Notar, der eine Beurkundung vornimmt? Es könnte sich aber auch um Investoren der deutschen Versicherungs- und Finanzindustrie handeln. Der Effekt ist der gleiche: knappe Ressourcen wie zum Beispiel bezahlbarer Wohnraum werden ausgebeutet. Das weltweit zu beobachtende Phänomen des Landgrabbing aber auch der Spekulation mit Nahrungsmitteln wird gerade auch von Finanzinvestoren betrieben. Da gilt es einen Riegel vorzuschieben. Unser Vorschlag dazu: wir begrenzen die Menge, die einzelne Akteur*innen von einem Produkt am Markt kaufen dürfen.

3. Ja.

Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir den Hochfrequenzhandel ausbremsen. Mit dem Brexit und der daraus resultierenden bzw. anzunehmenden Verlegung vieler Banken von London nach Deutschland wird Deutschland eine noch wichtigere Rolle im internationalen Bankenwesen einnehmen und daher wäre diese Maßnahme noch wirkungsvoller, auch wenn Deutschland vorausgeht.

4. Ja.

Die Mitfinanzierung von überhöhten Gehältern, Abfindungen und Versorgungszusagen durch die Bürger*innen wollen wir begrenzen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen wollen wir daher bei einer Million Euro pro Kopf deckeln, jene von Gehältern bei 500.000 Euro pro Jahr und Kopf.

Wiederum schon seit Bestehen der Partei DIE LINKE kämpfen wir für ein anderes Steuerrecht, das nicht Wohlhabende, Konzerne und Finanzhaie begünstigt. Zuvor schon in anderen Formationen habe ich mich persönlich in dieser Richtung engagiert. Es ist ein typischer Systemfehler, der aber von allen regierenden Parteien seit Bestehen der Bundesrepublik mehr oder minder gewollt war. Die Regierung Schröder hat es mit der Politik der "Deregulierung" noch auf die Spitze getrieben.

Mittlerweile haben auch durchaus bürgerliche Wissenschaftler erkannt, welche Folgen für die Volkswirtschaft, die Städte, Kreise und Kommunen die Steuerhinterziehung durch große Konzerne bedeutet. Auch die Panama-Papers haben ein Schlaglicht auf die Gier der Steuervermeidung von Reichen geworfen.

Das Schließen von Steuerschlupflöchern, die Steuerabkommen europaweit bis global sind meiner Meinung nur ein erster Schritt in der Steuerpolitik. Da die LINKE aber in dieser Frage oft von den anderen Parteien im Bundestag blockiert wird, suchen wir uns Unterstützung bei allen Menschen, die die Ungerechtigkeit dieses Systems schon erkannt haben.

Das gilt auch für korrupte Eliten von außerhalb unseres Landes - seien es dort regierende "Clans" oder welche die vorher an der Macht waren.

Auch für die Einführung einer Transaktionssteuer werden wir die Hand heben.

Managergehälter sind auch ein Punkt, den dieses Wirtschaftssystem hervorbringt. Im ersten Schritt aber wieder, werden meine Partei und ich uns massiv einsetzen, daß die Wucherungen der Managergehälter beschnitten werden und alle unterstützen, die dies auch fordern. In einigen Ländern ist es schon Konsens in der Bevölkerung, daß das 12-fache eines Facharbeiterlohns die Grenze sein müßte.